

## ***Presseerklärung des Vorstandes des Bielefelder Integrationsrates zum Prozess um Polizeikontrollen***

12.11.2014

Beschwerden bezüglich diskriminierender Polizeikontrollen häufen sich.

Täglich finden unzählige verdachtsunabhängige Personenkontrollen statt, in der Bahn oder auf der Straße. Ins Visier der Polizei geraten vor allem Menschen mit „ausländischem Aussehen“. Rechtlich dürfen Verdachtsmomente nur auf das Verhalten von Personen und auf objektive Beweise, nicht aber auf ihr Erscheinungsbild gestützt werden.

In der Öffentlichkeit wird wiederholt kritisiert, dass sich die Polizei bei anlasslosen Kontrollen der Methode des „racial profiling“ bediene, also Menschen in erster Linie aufgrund ihres Aussehens und ihrer Hautfarbe kontrolliere.

Zuletzt ging am 11. Oktober dieses Jahres beim Integrationsrat eine Beschwerde ein, die sich auf die Beobachtung einer massiven „racial profiling“-Praxis am Bahnhofvorplatz stützte

Der Vorstand des Integrationsrates fordert die Bielefelder Polizei auf, Verantwortung für das diskriminierende Verhalten bzw. Praktiken ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu übernehmen, Konsequenzen daraus zu ziehen und Maßnahmen zu initiieren, die dieses künftig verhindern.

Es stellt sich die Frage: Wie stellt die Polizeiführung sicher, dass ihre Beamtinnen und Beamten praxisnah darin geschult werden, diskriminierendes Verhalten zu erkennen, zu vermeiden und zu dokumentieren? Welche Maßnahmen trifft die Polizei, damit bei Kontrollmaßnahmen kein „racial profiling“ zur Anwendung kommt?

Der Integrationsrat begrüßt und schätzt das Engagement des AK Asyl und im Besonderen der genannten Mitarbeiterin und er wird weiterhin das Thema „Formen institutionellen Rassismus“ öffentlich problematisieren und sich mit den Opfern solidarisieren.

Mehmet Ali Ölmez – Vorsitzender

Viola Obasohan – 1. Stellv. Vorsitzende

Murisa Adilovic – 2. Stellv. Vorsitzende